



Durch die Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat wird ein Mindestlohn festgelegt, der für alle Branchen verbindlich ist. Gesamtarbeitsverträge, mit Mindestlohn über dem gesetzlichen Mindestlohn, sind von der Initiative nicht betroffen. Direkt betroffen von der Initiative sind 330 000 Arbeitnehmende oder 9 Prozent aller Erwerbstätigen, viele davon sind im Detailhandel oder Gastgewerbe tätig.

**Alle Arbeitnehmenden sollen mindestens so viel verdienen, dass ihr Lohn existenzsichernd ist und sie davon anständig leben können.**

**Volksinitiative „Ja zu einem gesetzlichen Mindestlohn“**



CH

- **Es** ist unfair, dass Personen Vollzeit arbeiten und trotzdem zu wenig verdienen, um die eigene Existenz sichern und anständig leben zu können. Mit einem Mindestlohn könnten viele von ihnen auf Sozialhilfe verzichten, was die Sozialwerke entlastet.
- **Ein** gesetzlicher Mindestlohn ist ein wirksames Instrument dagegen, dass Löhne durch günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland unter das ortsübliche Niveau gedrückt werden.
- **Ein** Mindestlohn steigert die Kaufkraft und somit auch den Konsum.

**Dafür**

- **Die** Initiative schadet gerade denjenigen, denen sie nützen soll. Ein Mindestlohn lässt die Lohnkosten steigen, dies bedroht Arbeitsplätze. Ein tieferer Lohn ist der Arbeitslosigkeit vorzuziehen.
- **Steigende** Lohnkosten führen auch zu höheren Preisen. Die Initiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen und insbesondere der Exportindustrie.
- **Das** bisherige System der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite funktioniert sehr gut.

**Dagegen**



Weitere Infos auf [www.vimments.ch](http://www.vimments.ch)